Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Landbriefträger sowie die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 70 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1490

Nr. 162 — Mittwoch, den 15. Juli 1925 — 20. Jahrgang

Kabinett Painlevé vor dem Sturze.

Frontänderung, Marokkopolitik und Finanzen.

Die Mittagszeitung „Paris Midi" bringt den ersten Kommentar über die letzten Tage der Budgetdebatte und das Votum, daß die Diskussion der Kammer abschloß. Nach den Eindrücken der letzten Nachtsitzung, nach den Gesprächen mit Führern des Kartells schreibt der parlamentarische Mitarbeiter der Zeitung: „Das Ergebnis der Debatte ist nach der Ansicht einiger Führer des Kartells die Verschiebung der Regierungsmehrheit nach dem Zentrum und den Rechtsparteien. Der Wechsel der Majorität wird besonders deutlich, weil er von den Wortführern der Linken ausdrücklich angekündigt und von der Regierung in voller Kenntnis der voraussichtlichen Konsequenzen direkt herausgefordert wurde. Diese Frontveränderung vor den entscheidenden Ereignissen in Marokko, auf finanziellem Gebiet und bei den Bezirkswahlen muß auf die politischen Entschlüsse der Regierung einen starken Einfluß ausüben. Die Entwicklung der letzten Tage kann ohne Uebertreibung dramatisch genannt werden. Das Kammervotum dieser Nacht wird für die Politik Frankreichs Bedeutung haben."

Nach dieser Beurteilung schildert der Mitarbeiter des „Petit Parisien" den Verlauf der Debatte bis zu der um 6.15 Uhr erfolgten Verlesung des Schlußdekrets. In der Kammer wurde heute früh gesagt, daß die Regierung sofort nach der Rückkehr aus den Ferien gestürzt werden würde. Diese Möglichkeit läßt sich allerdings voraussehen, da kein Zweifel darüber bestehen kann, daß außer den Sozialisten auch ein Teil der Radikalen gegen die Marokkopolitik Painlevés und gegen die Finanzpläne Caillaux' ist. Es ist aber ebenso möglich, daß die Ferienzeit der Regierung Gelegenheit gibt, einige Stimmen der Linken wieder zurückzugewinnen. Dieser Erfolg hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen mit Abd-el-Krim und von dem Sanierungsprogramm des Finanzministers ab. Auf jeden Fall darf die Regierung vorläufig damit zufrieden sein, daß es ihr gelungen ist, die Kammer in die Ferien zu schicken. Eine weitere Woche parlamentarische Diskussion hätte das Kabinett nicht überdauert.

Die Opposition der Sozialisten gegen das Ministerium Painlevé, die in der Ablehnung des Budgets zum Ausdruck kommt, wird vom „Temps" als das Ende der Mehrheit vom 11. Mai 1924 bezeichnet. Die politische Geschichte werde um eine neue Lehre bereichert, denn am Abend des Tages, an dem Caillaux in das französische Parlament zurückgekehrt sei, nachdem ihn der sozialisierende Radikalismus wieder zur Regierungsmacht emporgetragen habe, habe er die parlamentarische Ehescheidung des Radikalismus und des Sozialismus vor sich stehen sehen, deren Urheber zu werden er durch ein eigenartiges Geschick gezwungen worden sei. Das beweise wieder einmal, daß die Verhältnisse stärker seien, als Parteikombinationen und daß der gesunde Menschenverstand früher oder später wieder die Herrschaft über Ideologieen und politische Leidenschaften gewinne. Die Vernunft lehre, daß die Sozialistische Partei keine Regierungspartei sein könne und die Erfahrung zeige, daß die Sozialistische Partei, die die Auflösung der Parteien wünsche, keine nationale Partei sein könne.

Die Zollfrage.

Die Sachverständigenkommission des handelspolitischen Reichstagsausschusses hat am Sonnabend ihre Arbeiten beendet und dem Ausschuß am Montag ihren Bericht übergeben. Wir erhalten dazu die folgende Zuschrift, die bemerkenswerte Gesichtspunkte enthält und als Fortsetzung der Diskussion wohl Beachtung verdient. Die Schriftleitung.

Als Einleitung ein Satz des bedeutenden Nationalökonomen Gustav Schmoller: „Parlamentarier und Parteimänner, wenigstens die auf gewisse Interessen eingeschworenen und von ihnen abhängigen . . . kennen bestimmte Teile des praktischen Lebens . . ., aber dafür oftmals das übrige praktische Leben umso weniger; sie halten zu leicht und zu oft ihre speziellen wirtschaftlichen Interessen für die Staatinteressen, haben viel seltener die Fähigkeit gerechter Erfassung der ihnen gegenüberstehenden Klassen- und Wirtschaftsinteressen sowie der neutralen Gesamtinteressen."

Nachdem das Plenum des Reichstages am 24. und 25. Juni Gelegenheit gehabt hatte, durch die Redner seiner Parteien zu der Zollvorlage Stellung zu nehmen und seiner grundsätzlichen Auffassung über die Gestaltung der künftigen deutschen Handelspolitik Ausdruck zu verleihen, ist die Vorlage an den handelspolitischen Ausschuß gegangen. In Sonderheit zur Klarstellung der noch immer heißumstrittenen Getreidezollfrage veranstaltet dieser Ausschuß zurzeit eine Sachverständigen-Enquete. Wiewohl dadurch neue Ergebnisse (über die Feststellung der Sachverständigen vor dem Zolltarifausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hinaus) kaum erzielt werden dürften, so ist doch das Bestreben, in der zollpolitischen Debatte neben Interessenten auch objektive Beurteiler zum Reden zu bringen, nur zu begrüßen.

Denn selbst wenn es keine Berichte über diese Verhandlungen gäbe, wüßte man im Vorraus, welche Ansichten im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages vertreten werden. Man weiß z. B., daß ein Mitglied dieses Ausschusses als Syndikus des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller nichts gegen hohe Eisenzölle einzuwenden haben wird und daß die Wortführer der Sozialdemokraten und Kommunisten jeden Versuch, mit der Landwirtschaft über die Agrarzölle ins Reine zu kommen, als „Brotwucher bezeichnen werden.

Als letzter Rettungsanker bleiben eigentlich nur die Männer der Wissenschaft. Man lese beispielsweise die Verhandlungsberichte des Zolltarifausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über die Agrarzölle, um zu sehen, wie hinter den Darlegungen und der Beweglichkeit eines Sering, Aereboe, Auhagen, Harms usw. die Nurpolitiker erheblich zurückbleiben. Warum leistet man sich au chsonst den ganzen Luxus unserer Bildungsanstalten, wenn man nicht von der erlangten wissenschaftlichen Erkenntnis Gebrauch machen wollte. Mit Recht wurde in jenen Verhandlungen die Redensart „das mag theoretisch richtig sein, praktisch ist es falsch" zurückgewiesen. Eine Praxis, die nicht auf richtigen theoretischen Einsichten fußt, kann sehr leicht falsche Wege einschlagen.

In der Tat stellt sich die neue Enquete lediglich als eine Fortsetzung der von dem Reichswirtschaftsrat begonnenen Erörterungen dar. Noch einmal betonte Professor Max Sering ausdrücklich, daß die deutsche Landwirtschaft den Zollschutz heute entbehren könne, da der Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte längst überwunden sei. Zur Verdeutlichung dieser Tatsache mögen folgende Ziffern dienen, die die Berliner Zentnerpreise für Roggen und Weizen wiedergeben.

		Roggen	Weizen
1923	15. November	9,75 Mark	10,60 Mark
1924	15. Januar	7,50 Mark	8,18 Mark
	15. Mai	6,50 Mark	7,99 Mark
	15. August	7,18 Mark	9,77 Mark
	15. Oktober	11,85 Mark	11,85 Mark
1925	Februar	12,25 Mark	12,49 Mark

Diese Preise liegen somit für Roggen um ca. 50 Prozent, für Weizen um ca. 25 Prozent über den Preisen von 1913.

Sering befürwortet nach wie vor sogenannte Bereitschaftszölle als Vorsichtsmaßnahmen gegen eine zukünftige Preissenkung. Eine Einsicht in die Bedeutung der mitgeteilten Getreidepreise bekommt man aber erst, wenn man sich gleichzeitig die Bewegung der Preise für diejenigen Industriestoffe vergegenwärtigt, die der Landwirtschaft als Produktionsmittel dienen. Denn auf der behaupteten Verteuerung dieser Stoffe, auf der sogenannten Preisschere fußen zum großen Teil die Schutzzollforderungen der Landwirtschaft. Es kosteten:

	Nov. 23	Mai 24	Febr. 25
1 Kilogramm Leinengarn	8,97	5,86	5,52 Mk.
1000 Stück Mauersteine	22,50	19,50	41,40 Mk.
1 Kubikmeter Balken	61,92	99,46	85,— Mk.
1 kg Sohlenleder	6,80	4,80	4,50 Mk.
1 Tonne Stabeisen	198,86	143,—	154,98 Mk.
1 kg Maschinenöl	28,10	34,65	38,75 Mk.
1 kg Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak	1,07	1,17	1,17 Mk.

Die Zahlen zeigen, daß die Preise für die Industriestoffe wohl heute noch erheblich über dem Niveau von 1913 liegen, daß sie aber seit dem Mai 1924, wo die Getreidepreise ihren Tiefstand erreicht hatten, ziemlich stabil geblieben sind, während die Getreidepreise den aus der ersten Tabelle ersichtlichen hausseartigen Verlauf nahmen. Mit anderen Worten, die

Erhöhung der Biersteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages nahm nach kurzer Aussprache unter Ablehnung aller andern Anträge der Kompromißantrag der Regierungsparteien über die Erhöhung der Biersteuer an. Danach sollen die Steuersätze betragen für die ersten 1000 Hektoliter 6 RM, für die folgenden 1000 Hektoliter 6,50 RM, für die folgenden 6000 Hektoliter 7,20 RM, für die folgenden 10 000 Hektoliter 7,50 RM, für die folgenden 10 000 Hektoliter 7,75 RM, für die folgenden 30 000 Hektoliter 8,20 RM, für die folgenden 60 000 Hektoliter 8,60 RM und für die übrigen Mengen 9 RM.

Erhöhung der Invalidenversicherungsrenten.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm den Antrag des Unterausschusses, der für die Prüfung der Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung eingesetzt worden war, an. Danach sollen anstelle der bisherigen fünf Lohnklassen sechs Lohnklassen treten. Für die Lohnklasse 1 (bis zu 6 Mark Wochenlohn) ist der Beitrag auf 25 Pfg., für die Lohnklasse 2 (6—12 Mark Wochenlohn) auf 50 Pfg., für Lohnklasse 3 (12—16 Mark Wochenlohn) auf 70 Pfg., für Lohnklasse 4 (18—24 Mark Wochenlohn) auf 100 Pfg., für Lohnklasse 5 (24—30 Mark Wochenlohn) auf 120 Pfg. und für Lohnklasse 6 (über 30 Mark Wochenlohn) auf 140 Pfg. festgesetzt. Die Leistungserhöhungen sollen vom 1. August, die Beitragserhöhungen vom 28. September in Kraft treten.

Für Volksentscheid in der Zollfrage.

Berlin, 14. Juli. Der sozialdemokratische Bezirksparteitag für Mittelschlesien hat eine Entschließung angenommen, in welcher die Reichstagsfraktion aufgefordert wird, mit Entschiedenheit für eine Verständigung im deutsch-polnischen Wirtschaftskonflikt einzutreten. Eine weitere Entschließung verlangt für den Fall der Annahme der Zollvorlage, daß die Reichstagsfraktion für ein Aussetzen der Verständigung eintritt und auf einen Volksentscheid in dieser Frage hinwirkt.

Scheidemanns Rücktritt.

Die Stadtverordnetenversammlung in Kassel billigte am Montag das Rücktrittsgesuch Scheidemanns, das mit dem 1. Oktober in Kraft tritt. Gleichzeitig wählte die Stadtverordnetenversammlung den bisherigen Vizepräsidenten der Regierung in Kassel Dr. Stadler zum Oberbürgermeister. Zum zweiten Bürgermeister wurde der Regierungsrat im preußischen Kultusministerium Dr. Lahmeyer gewählt, der jedoch sein Amt erst 1926, nach Ablauf der Amtsperiode des bisherigen zweiten Bürgermeisters antritt.

Resolution des Parteitages der K. P. D.

In der zweiten Tagung des kommunistischen Parteitages wurde eine Resolution angenommen, die die Befreiung der politischen Gefangenen „aus den Klauen des weißen Terrors" und aus den Gefängnissen der deutschen Republik fordert. In einer weiteren Entschließung billigt der Parteitag die Politik und die Tätigkeit der Zentrale und spricht ihr sein Vertrauen aus. Die Entschließung wendet sich weiter gegen die Opposition der „Ultralinken" und billigt das Vorgehen der Zentrale gegen die berufsmäßigen Oppositionsmacher, deren Tätigkeit nur der Zersetzung diene und die weder in die KPD. noch in die Komintern gehörten.

Die verbotenen deutschen Waren.

Warschau, 13. Juli. Das heute mittag erschienene Gesetzblatt der polnischen Republik „Dziennik Ustaw" veröffentlicht eine Liste des polnischen Ministerrats, laut der die Einfuhr folgender deutscher Waren in Polen verboten wird: Reis, Hopfen, Fett und Schmalz, Fische, Fischkonserven, geräucherte Fische und Heringe, Gelatine, Tischlerleim mit Ausnahme von Fischleim, Stearin, Margarine und Kochbutter, lebende Fische, Töpferfayence und Glaswaren, Spiegel und Spiegelscheiben, Koks und Kohlenbriketts, Gummifabrikate und Gummi, Harzfabrikate, Gummiwaren, Balsam und Schellak, Alaun, Glaubersalz, Salz- und Essigsäure, Holzspiritus, Arsenobenzol und Salvarsan, gereinigtes Glycerin, Ultramarin, Berliner und Pariser Blau, sowie Wachsblau, Tinte, Schuh- und Metall-Putzmittel, Klebstoff jeder Art mit Ausnahme von Glaserkitt, Hausgeräte und Gebrauchsgegenstände aus Eisen, Stahl, Kupfer, Nickel, Aluminium und andere Metalle und Metallegierungen mit Ausnahme von Kirchenglocken und Grubenlampen, Tür- und Fensterbeschläge, Nieten, Schrauben, Schraubenmuttern, Nadeln, Waffen, Lokomotiven und Tender, Uhren, Musikinstrumente mit Ausnahme von Darmsaiten, Knöpfe, Schreib- und Malutensilien. Die Verordnung sieht weiter vor, daß der polnische Handelsminister Kontingente deutscher Waren zur Einfuhr freigeben kann in Abhängigkeit von der Zulassung polnischer Waren nach Deutschland. Die genannte Verordnung findet keine Anwendung auf Waren, auf die sich das Gesetz vom 24. Mai 1922 über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Abkommens in Oberschlesien, vom 15. Mai des gleichen Jahres bezieht, ebenso auf die vom Abkommen für den kleinen Grenzverkehr umfaßten Waren, endlich auf den Veredelungs- und bedingten Zollverkehr. Die Verordnung tritt vier Tage nach Verlautbarung, also am 17. Juli, in Kraft.

Marokkokrieg.

Paris, 13. Juli. Havas meldet aus Fez: In den letzten Tagen sind am Uerghafluß Truppenzusammenziehungen vorgenommen worden, um einen Posten, der im Süden des Flusses eine der wichtigsten Straßen beherrscht, zu entsetzen. Der Feind, der jetzt, um den Fliegerangriffen zu entgehen, Nachtoperationen vorzieht, griff diese Stellung an. Der Posten leistete den Angreifern erfolgreichen Widerstand, indem die Besatzung die Angreifer mit Handgranaten zurückschlug. Bei Tagesanbruch griff eine Abteilung ein. Eiligst wich der Feind nach Norden zurück und gab damit den Angriff auf die Zentralstellung des französischen Verteidigungssystems am Uergha, die durch Mjara, Tafrant, Kellaa und Taouman gebildet wird, auf. Zur selben Zeit bereiteten zwei französische Abteilungen in der Gegend von Taca nördlich von Bab Murudj den jüngst zu den Dissidenten übergegangenen Stämmen eine schwere Niederlage. Es bestätigt sich auch, daß das durch den französischen Generalstab angewandte gegenwärtige Verfahren gestattet, überall und schnell alle Versuche des Feindes zu unterbinden und ihm beträchtliche Verluste beizubringen, was auf die Dissidentenzone eine große Rückwirkung hat.

Melbourne, 13. Juli. Eine Massenversammlung der Seeleute hat den Streik beschlossen, der morgen beginnen soll.